

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagshaus: Riesner Verlag, Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Kreisverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptamts Leipzig.

Postkonto: Dresden 1580
Postfach Leipzig Nr. 22.

Nr. 198.

Donnerstag, 26. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Abgabe und Materialsteuern behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den bestimmten Tag und Platz wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Bilden) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Texte, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Runderbrot gerät. Jahrgangs- und Preisänderungen: Riesner Verlag, Leipzig, Unterhaltungsbücherei, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Dittzsch, Leipzig.

Diplomatischer Beerlauf.

Vorfremden des In- und Auslandes wissen zu können, daß England und Frankreich dahin übereingekommen sind, noch vor Beginn der offiziellen Verhandlungen in Genf eine Vorberatung ihrer Reichsministerpräsidenten mit den Reichsministerpräsidenten Deutschlands stattfinden zu lassen. Diese Vorberatung, die anscheinend den Tatsachen entsprechen, zeigen, daß die diplomatischen Beziehungen der Entente nicht weniger als einem gewissen Abschluß gekommen sind. Damit soll keineswegs gesagt werden, daß dieser Abschluß irgendwie eine Lösung oder ein befriedigendes Ergebnis gebracht hat. Sollte man den Stand der Dinge, wie sie sich jetzt gestaltet haben, auf irgend eine Formel bringen, so müßte man sagen, daß alles das, was bis jetzt Paris, London, Madrid, Rom und die anderen Entente-Länder zur Klärung der verwickelten Lage beigetragen haben, sich zu einem nicht mehr zu lösenden Knoten verwickelt hat. Die Völkerbundsgewaltigen haben mit ihren Verhandlungen den toten Punkt erreicht. Die diplomatische Maschine läuft zwar noch, klappert mit ihren Rädern gewaltig, aber ihr Lauf ist ein Leerlauf. So kann man vielleicht das Uebereinkommen der Entente-Mächte vor Beginn der Völkerbundstagung in Genf sich noch einmal mit Deutschland an den Verhandlungstisch zu setzen, als die letzte Lösungsmöglichkeit bezeichnen, mit der unsere Ententegegner verbinden, die kommende Genfer Tagung vor einem ähnlichen Mißgeschick zu bewahren, wie wir es schon einmal erlebt haben. War es den Verhandlungen von Paris und London gelungen, vor einiger Zeit die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund etwas klarer zu gestalten, so hat die Forderung Spaniens die ganze Angelegenheit wieder unentwirrbar kompliziert. Die Forderung der Autonomie der Mittelmeerregion, die die französische Regierung in Tanger, Marokko, Syrien und Libanon zu überlassen oder ihm ein Völkerbundsmandat über die fragliche Zone zu gewähren. Selbst Mussolini, dessen Regierung vor kurzem mit Spanien einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat, hüllt sich in Stillhaltepolitik. Das an der Lösung der Tangerfrage neben Spanien wohl am meisten interessierte Frankreich hat seinen Standpunkt offiziell zwar noch nicht bekanntgegeben. Welcher Art jedoch die Gespräche und Empfindungen am Quai d'Orsay sind, das lehrt der Wortlaut der Protokolle, die die französische Handelskammer in Tanger, scheinbar inoffiziell von Paris, an die französische Regierung sandte. Noch schärfer als in dieser Ablehnung der spanischen Forderung tritt Frankreichs Haltung in den Auslassungen der Zeitung des französischen Protektorats, der Presse Marokkos, in Erscheinung. Kennzeichnend für die Dinge ist besonders der scharfe Ton, und die geradezu beschämende Sprache dem doch immerhin befreundeten Spanien gegenüber. Die Zeitung wirft Spanien vor, daß es bis jetzt für Tanger so gut wie nichts getan habe. Die einzelnen Vorkommnisse, die den Frieden in der Tangerzone gefährdet hätten, seien durch Spanien selbst provoziert worden, das gerade dadurch einen Vorwand für die Rechtfertigung seiner Annektionspolitik schaffen wollte. Primo de Rivera, Spaniens Diktator, sei vor noch nicht 2 Jahren bereit gewesen, die spanische Zone aufzugeben. Wenn Spanien damals seine Armeegrenzen nicht auf sich selbst gegenüber behauptet habe, so habe es dies dem taifrischen Eingreifen der französischen Truppen zu verdanken. Die Dankbarkeit, die Frankreich gesollt werden müßte, sollte Madrid von demartigen Vorschlägen eines Tangermandats abhalten. Soweit der Vorkommnisse der Presse Marokkos, der inhaltlich wohl dasselbe widerspiegelt, was am Quai d'Orsay überzogen ist. Dies alles läßt es nicht für wahrscheinlich erscheinen, daß Frankreich in der Tangerfrage auch nur Konzessionen machen wird.

Wenn auch in London die ablehnende Haltung Spaniens gegenüber sich nicht so scharf äußert wie in Paris und dort sogar einige Stimmen laut werden, die für ein Entgegenkommen Spaniens gegenüber plädieren, so ist doch nicht anzunehmen, daß diese vielleicht wohlwollende Stellungnahme an der Thematik für die spanische Forderung günstig auswirken wird. Denn man kennt ja zu Genüge Frankreichs Einfluß auf die Völkerbundspolitik. Diese Erwägungen deuten darauf hin, daß Spanien mit seiner Tangerforderung Schiffbruch leiden wird. Wie aber wird sich die Entente mit der zweiten Forderung Spaniens gegenüber verhalten? Die Tangerfrage spielt unmittelbar in das Interessengebiet der Entente-Mächte hinein. Die Ratfrage dagegen nicht. Die Anerkennung eines unabhängigen Reiches an Spanien würde eher der Politik der Entente-Mächte dienlicher sein, als eine Ablehnung der Madrider Forderung. Daraus ist leicht zu ersehen, nach welcher Seite die Völkerbundsmächte das Gewicht ihrer Bemühungen anlegen werden. Das politische Außenhandelsgeschäft liegt merklich sichtbar in der Luft. Das dieses Geschäft jedoch nur auf Kosten des deutschen Standpunktes in der Ratfrage abgeschlossen werden kann, darüber ist man sich in Paris und London durchaus klar. Es ist daher nicht schwer herauszufinden, welchen Zweck die durch die Presse bereits angekündigte Vorbesprechung mit Deutschland haben soll. Hoffen die Völkerbundsmächte vielleicht doch, daß es ihnen gelingen wird, die deutsche Regierung an einer etwas milderer Auffassung der Ratfrage zu bringen? Anscheinend ja, denn sonst wäre dieser neue Vorschlag nicht erfolgt. Damit soll allerdings nicht behauptet werden, daß solche Hoffnungen in Erfüllung gehen. Denn schließlich hat sich die Reichsregierung durch ihre vielen offiziellen Auslassungen so unmissverständlich über ihren Standpunkt geäußert, daß ein Abweichen von ihm nicht mehr gut möglich ist.

Deutsche Parteivertreter nach Genf?

Ein Vorschlag des Reichsaußenministers.
Berlin. Wie wir von hieriger amtlicher Stelle erfahren, hat die Reichsregierung den Gedanken erwogen, der deutschen Delegation, die sich zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nach Genf begeben würde, einige Parlamentarier beizugeben, und zwar nicht nur der Regierungsparteien, sondern auch der Oppositionsparteien und Sozialdemokratischen Partei. Ausgeschlossen würden hierbei lediglich die kommunistische und die völkische Fraktion. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird in der heutigen Sitzung des Reichstages diesen Gedanken und Gründe, die ihn dazu veranlassen, im Ausschuss vortragen. Eine endgültige Entscheidung wird erst fallen, wenn sich heute der Ausschuss zustimmend zu dem Gedanken der Reichsregierung geäußert hat. Es dürfte auch im Bereiche der Möglichkeit liegen, daß die parlamentarischen Delegierten an den Arbeiten der verschiedenen Kommissionen des Völkerbundes teilnehmen und sich so praktisch an der Bearbeitung der mannigfachen Fragen beteiligen.

Die Reparationslieferungen im Juli 1926.

Das Jahr und Wert der im Juli mit Frankreich abgeschlossenen Verträge auf Reparationslieferungen — außer Kohle- und Farbstofflieferungen — sind nachfolgend zusammengestellt. Insgesamt wurden im Berichtmonat 170 Verträge im Wert von 20 Millionen Reichsmark geschlossen. Damit erhöhte sich für Frankreich der Wert der seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes abgeschlossenen Verträge dieser Art auf insgesamt 297,8 Millionen Reichsmark. Von den im Berichtmonat geschlossenen 170 Verträgen betreffen 11 Verträge Lieferungen früher geschlossener Verträge; ihr Wert beträgt rund 21 000 Reichsmark. Der Gesamtwert der seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes geschlossenen Verträge beläuft sich auf 62,8 Millionen Reichsmark.

Vor einer Änderung des Reichsbahngesetzes.

Berlin. Die verschiedensten Vorfälle innerhalb der Reichsbahngesellschaft haben die Parteien in der letzten Zeit beschäftigt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist beabsichtigt, im Reichstag sich eingehend mit einer Änderung des Reichsbahngesetzes zu beschäftigen. Die Schwierigkeit einer Neuregelung des Reichsbahngesetzes liegt darin, daß die übernommenen Verpflichtungen Deutschlands im Dawesabkommen nicht verletzt werden dürfen. Es ist den Parteien klar geworden, daß es lange Zeit dauern wird, bis eine Regelung gefunden sein wird, die einen gesicherten und regelhaften Betrieb der Reichsbahn gewährleistet und bis der Reichsregierung die nötigen Bewilligungen übertragen werden können, deren sie bedarf, um eine ständige Kontrolle über die Geschäftsführung zu erhalten. Insbesondere wünscht das Parlament, daß der Vertreter der deutschen Reichsbahn genannt werden kann, auf Anträgen des Parlamentes hinreichende und befriedigende Auskunft zu erteilen. Erst dann wird auch mit der Verwirklichung des neuen Generaldirektors, Dr. Dornmüller, an rechnen sein. Es ist wahrscheinlich, daß die Reichsbahngesellschaft von sich aus Schritte im Auslande unternimmt, um über diejenigen Fragen, die nur mit Zustimmung der ausländischen Aktionäre gelöst werden können, Klarheit zu schaffen.

Zur Luftverkehrsregelung im besetzten Gebiet.

DDR. Die Neuregelung des Luftverkehrs und der gesamten Luftfahrt im besetzten Gebiete durch Aufhebung der Ordonnanz 80 und durch deren Ersatz durch die Ordonnanz 89 vom 17. Aug. 1926 bedeutet ohne Zweifel einen neuen Schritt zur weiteren friedlicheren Gestaltung der internationalen Luftverkehrsbeziehungen. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß auch die Neuregelung noch Bestimmungen enthält, die mit der Siderität der Besatzungen wenig oder nichts zu tun haben. Es wird gewiß niemand den Besatzungsmächten das Recht bestreiten wollen, Maßnahmen zur Sicherung der Besatzungstruppen in gewissem Umfang zu treffen. Unverständlich bleibt aber, was mit dieser Sicherung, die die noch bestehenden Beschränkungen betr. motorisierten Ereignisse zu tun haben. Es ist auch durchaus nicht zu verstehen, daß einzelne Bestimmungen völlig unnotigerweise beantragt in die Flugvorschriften und gewerbliche Fliegerische Bestimmungen eingeleitet und daß diese Bestimmungen besser aus einer Neuregelung verdrängt wären. In dieser Richtung die Freiheit der Luftfahrt völlig wiederherzustellen, wird nach wie vor Pflicht der Reichsregierung bleiben müssen, ebenso wie die restlose Klärung der Verhältnisse im Saargebiet, welche dringend der Auseinandersetzung bedürfen.

Cupen-Walmedy und Saargebiet unbestreitbar deutsch.

Eine Ausrufung des Newyork World.
Newyork. Die Newyork World nimmt noch einmal Stellung zur Frage Cupen-Walmedy. Das Blatt sagt: Ein so lächerliches Unrecht, wie die Wegnahme von Cupen und Walmedy zugunsten Belgiens, kann in Deutschland wohl nicht vergessen werden. Das Reich kann schon aus Selbstachtung nicht den Standpunkt aufgeben, daß Cupen-Walmedy und das Saargebiet unbestreitbar deutsche Gebiete sind. Ihre Rückgabe in den alten Verband sollte eine der Forderungen von Locarno sein.

Sprechung Promagets mit Gaus.

Berlin. Der französische juristische Sachverständige Promagot hat am Dienstag in Berlin gewillt, wo er eine Unterredung mit Ministerialdirektor Dr. Gaus hatte, nachdem er vorher mit dem englischen Rechtschachverständigen Sir Cecil Hurst in London Fühlung genommen hatte. Die Unterredung zwischen Promagot und Gaus erzielte sich, wie verlautet, auf juristische und technische Fragen, die die Hauptprobleme der von der Studienkommission zu behandelnden Gegenstände betreffen. Vor allem habe es sich um die Frage gehandelt, ob gewisse nichtständigen Mitgliedern des Völkerbundes die Wiederwahl nach Ablauf der Wahlperiode garantiert werden könne. Laut Possinger Zeitung soll man übereingekommen sein, daß nach den Statuten des Völkerbundes eine solche Garantie formal nicht gegeben werden könne. Auch sei die aus gewissen englischen Kreisen stammende Anregung erörtert worden, die ständigen Ratssitze überhaupt abzuschaffen und eine vollständige Gleichheit aller Ratssitzglieder zu schaffen. Dieser Gedanke sei als unzureichend abgelehnt worden.

Der auswärtige Ausschuss.

Der Ausschuss trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, um eine Erklärung der Reichsregierung über die gegenwärtige auswärtige Lage entgegenzunehmen. An den Beratungen nahmen alle Mitglieder des Ausschusses, außerdem zahlreiche Vertreter des Reichsrates teil. Außenminister Dr. Stresemann leitete die Verhandlungen mit einem längeren Vorwort ein. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

Die Militarisierung der französischen Jugend.

Paris. Der General Gohard, Direktor für Körperliche Erziehung im Kriegsministerium, veröffentlicht im "Petit Journal" die Grundzüge eines neuen Gesetzes, dessen Ziel es ist, durch systematische militärische Inangebildung und Vorbereitung auf den Kriegsdienst ein Äquivalent für die Abkürzung der Militärdienstzeit zu schaffen. Artikel 1 dieses Gesetzes lautet wörtlich: "Jede in der Schule soll die militärische Erziehung als Unterrichtsgegenstand eingeführt werden. Auch nach Abkürzung der Schule bleibt sie obligatorisch. Alle zivilischen Berufe werden teilweise der Kontrolle von Offizieren unterstellt." Zahlreich vor Eintritt in die Armee wird zu jeder Mann im Juhlrot zum Soldaten gemacht. Es sollen zwar keine Strafen eingeführt werden, aber jeder junge Mann hat es in der Hand, durch besondere Tüchtigkeit seine militärische Dienstzeit abzukürzen, sich die Erlangung zum Unteroffizier, ja zum Reserveoffizier zu erwerben, ehe er noch in die Armee eintritt. Sogar die Ausbildung für Spezialwaffen (Maschinengewehrtruppen, Mechaniker, Feuerwerker usw.) soll schon vor der Dienstzeit geschehen. In diesem Zweck sind verschiedene Grade vorgesehen, die in der Vorbereitungszeit zu durchlaufen sind. Aus dem dritten Grade werden die Reserveoffiziere hervorgehen. Paraden und Schauübungen sollen vermieden werden.

Das ist die französische Abrüstung. Es versteht sich von selbst, daß die Knaben und Jünglinge in dieser Vorbereitungszeit keine Löhne beziehen und an Hause wohnen, nebenbei auch noch der Arbeit nachgehen können, so daß sie dem Staate nicht zur Last fallen. Auf solche Weise werden dann ameisellos Ersparnisse erzielt, ohne daß der Ausbildungsgrad des französischen Heeres darunter leidet. Das System führt zu einer vollenden Militarisierung des gesamten Volkes.

Bombenattentat in einer amerikanischen Großbank.

Bisher 2 Tote und über 100 Verwundete.
Newyork, 25. August. In Pittsburg ist ein folgenschwerer Anschlag auf den Rassenraum einer amerikanischen Großbank verübt worden. Im Schalterraum der Farmers National-Bank war ein Bankfunde, dem die Auszahlung eines Checks in Höhe von 2000 Dollar verweigert wurde, eine Bombe. Die Bankräume, die in einem 10stöckigen Hause gelegen sind, wurden völlig zerstört. Der Täter und der Bankfiskierer waren sofort tot. 23 Schwerverletzte und über 100 Leichtverletzte wurden aus den Trümmern geborgen. Die Umgebung des Gebäudes ist gleichfalls schwer heimgesucht. In den Straßen der Stadt entzündete eine Pfeifenpanik. Die Fensterheben ganzer Straßenzüge wurden zertrümmert. Man rechnet mit weiteren Todesopfern. Unter den Schwerverletzten befinden sich auch zwei Polizeibeamte, die den Täter verhaften wollten, als er vor der Tat gegenüber dem Bankerinnen Drohungen aussprach und ihm zurief: "Geht mir Geld!" Die Polizeibeamten konnten das Verfen der Bombe nicht mehr verhindern.

Die Lage in China.

London. Daily Mail meldet aus Peking, Wadefu ist in Peking eingetroffen und hat den Befehl über die allierten Streitkräfte, die den Vorwärt der Roten Truppen aufhalten sollen, übernommen.